LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 17. Jahrgang **Monat August 2011** **Preis: Spende**

So gesehen...

... ist das Sommerloch das Loch, in welches alle Regierungen dieser Welt versuchen, ihre Problemthemen reinzuwerfen. Bei der Hitze denkt der Plebs ja sowieso nicht nach. Und so frank und frei nach diesem Motto beschließen die Regierungen, ihre Parlamente sind ja zum gemeinsamen, zweimonatigen Sommerurlaub in Sachen Regeneration und Wiederauffrischung der Kampfkraft in der Sommerfrische. Sommerfrische ein Wort für die meisten Menschen in diesem Lande, welches sie schmerzhaft daran erinnert, dass sie sich vor einigen Jahren auch noch eine Sommerfrische leisten konnten. Nun aber auf einem Einkommensniveau angelangt sind, das eine Urlaubsreise in den Bereich "Luxus, den wir uns nicht leisten können, obwohl wir einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen" fällt. Ja schöner Mist, die Einkommen der unteren Einkommensschichten sind in Bezug auf die inflationsbedingten Preissteigerungen seit dem Jahr 2000 um sage und schreibe 20% gesunken!

Das ist zum Beispiel eine Nachricht, die vom statistischen Bundesamt ins Sommerloch geworfen worden ist. Dort hat sie niemand vernommen, da zur gleichen Zeit ein durchgeknallter an Jesus Christus glaubender Faschist in Norwegen kleine Kinder erschossen hat. Alle sind entsetzt, Faschisten, deren europaweite Aufzüge mit der Begründung der Meinungs– und Demonstrationsfreiheit von den meisten Polizisten beschützt werden, Faschisten sind menschenverachtende Gewalttäter. Da wäre ich vor diesen Ereignissen in Norwegen nie draufgekommen. Alle übertreffen sich in ihren Analysen und bei der Beantwortung der Frage: „Wie konnte es nur soweit kommen?"

Dazu sage ich nun mal nichts, denn viele Menschen reden schon seit zig Jahren über die Gefahren eines europaweit erstarkenden Faschismus. Zuhören bitte.

Ein anderes Thema welches Gefahr läuft im Sommerloch zu verschwinden, ist Libyen. Wer bekommt schon mit, was da „unten" im Moment abgeht. Keiner. Deswegen regt sich auch keiner darüber auf, das mittlerweile Panzertruppen aus Qatar in diesem Konflikt mitmischen und die sogenannten Rebellen unterstützen . Die Rebellen, die ihren eigenen militärischen Anführer getötet haben. Rebellen, die behaupten die gesamte libysche Zivilbevölkerung zu repräsentieren und den Gewalttaten gegen das libysche Volk ein Ende zu bereiten zu wollen. Rebellen, die als erstes verletzte Schwarzafrikaner aus Krankenhäusern auf die Straße treiben und mit Macheten malträtierten, diese Menschen als Sündenböcke für ihre Situation deklarierten und an Straßenlaternen aufgeknüpft haben?

Fragt man die Bundesregierung welche Beweise für Gewaltakte von seitens der Regierung Gaddafi gegen die eigene Bevölkerung vorliegen, sagt die Bundesregierung. Keine. Die Beweise für die Taten der Rebellen sind im Internet ohne viel Mühe zu recherchieren. Gaddafi mutierte quasi über Nacht zum Saddam Hussein des Mittelmeeres und plötzlich kämpfen die NATO unter Führung der Obamabüttel und Al Kaida Seit an Seit gegen einen Feind, der die letzten dreißig Jahre als verlässlichster Partner in dieser Region galt. Busen– und Duzfreund von Silvio Berlusconi. Pförtner der Europäischen Union. Versuch macht klug. Wahrscheinlich hat hier der MIK(militärisch-industrieller Komplex) eine Chance gewittert ein ähnliches Geschäft zu machen wie seinerzeit in Serbien oder dem Irak. Alles kaputtschlagen und mit dem Erlös aus den landeseigenen Rohstoffquellen wieder aufbauen.

Dieser Konflikt wurde ihnen aufgezwungen von StatoilHydro , Halliburton, Unicoil, Shell, Exxon, BP. Wegen der hohen Kosten, der Risiken und Nebenwirkungen belästigen sie bitte nicht die genannten Konzerne sondern ihre Regierung und deren Handlanger. Wir als „freie" Wirtschaftler sind nur für die Abschöpfung der Gewinne zuständig.

Fröhliches Abtauchen im Sommerloch wünscht

Mama

Inhalt:

Brief der Vorsitzenden an die Mitglieder der Partei	Seite 3
Bildungspolitischer Stammtisch der Ilmenauer Linken - Erstes kreisweites Bürgerbegehren in Thüringen „Lasst die Schule im Dorf!" läuft auf vollen Touren	Seite 5
Sommerfest der Linken in Ilmenau	Seite 6
Mehr Demokratie: „Bürgern demokratisches Recht nicht vorenthalten"	Seite 7
Erste Etappe Volksbegehren „Für gerechte Kommunalabgaben" erfolgreich!	Seite 8
Die Ilmenauer Linke und die neuen Medien	Seite 9
Petra Enders: Nicht nachhaltig - sondern käuflich	Seite 10
Zum Thema „13. August 1961"	Seite 11
Zur „Erklärung der Historischen Kommission der LINKEN zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer"	Seite 12
Der Rückfall in den Kapitalismus – ein historischer Fortschritt? - Angst vor der Sonne - die „FDJ in Westdeutschland" und ihr Verbot vor 60 Jahren	Seite 13
Termine	Seite 16

Brief der Vorsitzenden an die Mitglieder der Partei

Liebe Genossinnen und Genossen, der Leitantrag des Parteivorstandes für unser neues Parteiprogramm liegt Euch nun zur Diskussion und Vorbereitung des Parteitages im Oktober vor. Er wurde vom Parteivorstand mit überwältigender Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen.
Über 500 Wortmeldungen und Zuschriften aus Basisorganisationen, Orts-, Stadt-, Kreis- und Landesverbänden haben die Redaktionskommission erreicht. Darunter waren konkrete Änderungsvorschläge, inhaltliche Überlegungen und Argumentationen zu einzelnen Punkten bis hin zu alternativen Programmentwürfen. Darin kommt das große Interesse an einer intensiven Programmdiskussion zum Ausdruck. Dafür danken wir Euch an dieser Stelle ausdrücklich. Die Programmdebatte ist Teil des Lernprozesses unserer Partei. Indem wir neue Erkenntnisse gewinnen, Bekanntes kritisch hinterfragen und Bewährtes verteidigen, unsere Positionen und Aussagen neu durchdenken und präzisieren, machen wir die Pluralität unserer Partei produktiv. In diesem Sinne hat die bisherige Programmdebatte zu wichtigen Ergebnissen geführt, die in der überarbeiteten Fassung des Programmentwurfs ihren Niederschlag gefunden haben.

Die Präambel wurde nach Diskussion der einzelnen Abschnitte des Programmtextes im Parteivorstand vollständig überarbeitet.

Präzisiert wurden einige Aussagen im Geschichts-Kapitel. Antifaschistische Grundpositionen wurden gestärkt. Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ist nach wie vor aktuell. Eingefügt wurde ein Absatz, in dem DIE LINKE angesichts der beispiellosen Verbrechen, die die deutschen Faschisten an den Juden begangen haben, klar und eindeutig jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegentritt. Ausdrücklich tritt DIE LINKE für das Existenzrecht Israels ein. Zugleich steht sie für eine friedliche Beilegung des Nahost-Konfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und für die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolution der Vereinten Nationen.
Als eine grundlegende Schlussfolgerung aus dem gescheiterten Staatssozialismus wurde bekräftigt: „Ohne Demokratie kein Sozialismus“. Wir beziehen uns auf den unwiderruflichen Bruch mit dem „Stalinismus als System“. Dieser Bruch mit dem Stalinismus gilt für DIE LINKE ebenso. Das bedeutet jedoch nicht, die Geschichte der DDR und der SED auf den Stalinismus zu reduzieren. Im Gegenteil – die Erfahrungen, Leistungen und Errungenschaften der Ostdeutschen wurden nachdrücklich hervorgehoben und gewürdigt.
Das zweite Kapitel zur Gesellschaftsanalyse wurde um die Abschnitte „Patriarchale Unterdrückung und Arbeitsteilung“ und „Geschlechterverhältnisse im Umbruch“ ergänzt. Ebenfalls hinzugefügt wurde ein Abschnitt „Deutschland – eine Klassengesellschaft“, in dem die Auswirkungen der Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen auf die Struktur der Arbeiterklasse und die Klassenlage der Lohnabhängigen und Erwerbslosen dargelegt sind.

Unstrittig ist, dass wir für eine Neugestaltung der Eigentumsverhältnisse kämpfen, wie wir es im Kapitel „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ beschreiben. Wir wollen mehr Wirtschaftsdemokratie durchsetzen und sehen darin eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus. Die Wirtschaft soll den Maßstäben des Gemeinwohls unterworfen werden, damit sie sozial und ökologisch verträglich wirkt. In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie sie DIE LINKE anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen ihren Platz: staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums. Vor allem streben wir mehr öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen insbesondere in den Bereichen zur Sicherung der Daseinsvorsorge, bei der Versorgung mit Wasser und Energie, im Bildungs-, Gesundheit-, Sozial- und Kulturbereich an. Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in einem demokratischen Prozess in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. Jedoch ist allumfassendes Staatseigentum „aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel“, heißt es im Programmentwurf.

Besonders intensiv diskutiert wurde das Verständnis von Arbeit unter heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Bedingungen. Im Kapitel „Linke Reformprojekte“ heißt es ausdrücklich: „Menschliches Leben umfasst die physische, kulturelle und geistige Reproduktion und reicht damit weit über den Bereich der Erwerbs- und Lohnarbeit hinaus. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, denn ohne die täglich zu leistende Arbeit in der Haushaltung, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt und im Kulturbereich könnte auch die in Lohnarbeit investierte Arbeitskraft sich im gesellschaftlichen Maßstab nicht reproduzieren.“ Jede Arbeit, bezahlte oder unbezahlte, soll die entsprechende Wertschätzung erfahren.

Über den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und über das bedingungslose Grundeinkommen soll weiter diskutiert werden. Auf diese Art und Weise wurde klargestellt, dass das bedingungslose Grundeinkommen nicht zur Forderung erhoben wird, aber in der Partei weiter diskutiert werden soll.

Neu aufgenommen wurden Abschnitte zur Landwirtschaft, Kommunalpolitik, Demokratie in der digitalen Gesellschaft, Gleichberechtigung autochthoner Minderheiten, zum Altern in Würde und zur Kulturpolitik. Gründlich überarbeitet wurden die Abschnitte zur Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie zum sozial-ökologischen Umbau. Aufgenommen wurden Aussagen zur Drogenpolitik und zur Wohnungsfrage.

Präzisiert und erweitert wurden unsere Positionen zur Europäischen Union. In der internationalen Politik lässt sich die DIE LINKE weiterhin von folgenden Prinzipien leiten: Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Zur Rolle und Stärkung der Vereinten Nationen gibt es einen eigenen Abschnitt. Aufrechterhalten wird die Forderung nach Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands. Hinzugefügt wurde die Aussage: „Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.“ DIE LINKE hält an der Forderung eines sofortigen Endes aller Auslandseinsätze der Bundeswehr fest und lehnt eine deutsche Beteiligung an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta ab.

Lebhafte Auseinandersetzungen gab es zu den im Programmentwurf verankerten „Haltelinien“ im Kapitel „Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft“. Die einen meinten, sie gehörten nicht in ein Grundsatzprogramm oder sie beeinträchtigten „eine realitätsbezogene Politik“. Andere stritten für ihren weiteren Ausbau. Letztlich wurde ein wichtiger Kompromiss erzielt. Die

„Haltelinien“ wurden in einen politischen Gesamtzusammenhang gestellt, in ein Feld von Bedingungen und Voraussetzungen für realitätsbezogenes linkes Regieren.
Liebe Genossinnen und Genossen, in unserem Programm werden drei Grundideen miteinander verknüpft:

§ Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

§ Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.

§ Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

Wir drücken mit unserem Programm die Überzeugung aus, dass die Welt veränderbar ist. Wir wollen Menschen Hoffnung machen und Mut geben.

Lasst uns in diesem Sinne weiter diskutieren. Wir bitten die Landesverbände, die Programmdebatte mit dem Leitantrag fortzusetzen, in enger Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden übergreifende, regionale Basiskonferenzen zu organisieren und die Mitglieder der Redaktionskommission und des Parteivorstandes als Referentinnen und Referenten zu nutzen. Vor allem sollten wir die Zeit nutzen, unsere programmatischen Vorstellungen mit einer breiteren Öffentlichkeit, also über die Parteigremien hinaus zu diskutieren und weitere Anregungen aufzunehmen. Formaler Antragsschluss für Änderungsanträge zum Leitantrag ist der 6. Oktober 2011. Im Interesse einer sorgfältigen Vorbereitung des Parteitages und seiner Debatten bitten wir Euch aber, Änderungsanträge bereits spätestens vier Wochen vor Beginn des Parteitages einzureichen, also einen freiwilligen Antragsschluss am 22. September 2011 zu beachten.

Wir wünschen uns allen einen erholsamen Sommer, erfolgreiche Wahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin und eine gute Debatte in Vorbereitung des Parteitages im Oktober.

Mit herzlichen Grüßen

Gesine Lötzsch und Klaus Ernst

Die Programm-Diskussions-Materialien sind in der Geschäftsstelle der LINKEN zu erhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich Euch zur Kreismitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Ilm-Kreis für

Sonnabend, den 3. September, um 9.30 Uhr
nach Elgersburg, Hotel „Am Wald“,

recht herzlich ein.

Tagesordnung:

- **Beratung und Diskussion von Standpunkten zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm der Partei DIE LINKE an die 2. Tagung des 2. Parteitages**

- **Wahl von Delegierten zum Landesparteitag**

Als Gast wir der Gen. Dieter Hausold (MdL), Vorsitzender der Thüringer Programmkommission, an der Beratung teilnehmen.

Eckhard Bauerschmidt
Kreisvorsitzender

Bildungspolitischer Stammtisch der Ilmenauer Linken

Am Montag, den 4.7. um 18.00 Uhr, wurden in der Altmarktschenke in Ilmenau besondere Gäste erwartet. Nicht nur die Bildungspolitische Sprecherin der Linken im Thüringer Landtag, Michaele Sojka, hatte ihr Kommen zugesagt, sondern auch Vertreter der Bürgerinitiative zum Erhalt der Grundschule in Stützerbach stellten sich ein. Damit spannte sich der Bogen des Bildungspolitischen Stammtisches der Ilmenauer Linken von der Landespolitik bis hin zu den Entscheidungen kommunaler Beamter. Erklärlich, dass die Wogen der Empörung hoch schlugen.
Eindringlich schilderten die Stützerbacher Vertreter nochmals die Anstrengungen, die es kostete, das Konzept der Kneipp-Schule umzusetzen. Soll das alles umsonst gewesen sein, fragten sie betroffen und verwiesen auch darauf, dass ein, für die Kinder wertvolles, Erziehungskonzept ohne Not zerstört wird. Michaele Sojka, unterstrich, dass der Plan zur Schließung der Schule in Stützerbach nicht nur angesichts der Schülerzahlen in Stützerbach überflüssig ist, funktionieren doch Schulen mit weit weniger Kindern in Thüringen, sondern auch angesichts der bevorstehenden Wahlen eine Seltenheit im Freistaat sei. Kreischefs andernorts hielten sich, mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr, zumindest derzeit mit Schließungsplänen zurück.
Sie würdigte auch die Bedeutung der Stützerbacher Initiative, die das erste Bürgerbegehren dieser Art in Thüringen ist. Nicht nur die Erfahrungen, die damit gesammelt werden, seien von Bedeutung, auch die Ausstrahlung, die von anderen demokratischen Initiativen wahrgenommen wird, sei wichtig. Spontan sagten anwesende Vertreter der freien Wähler Ilmenaus und natürlich unsere Genossen Unterstützung zu.
Genosse Eckhard Bauerschmidt zeigte sich zuversichtlich, dass die nötigen 7000 Unterschriften für das Begehren zusammen kommen.

Karl-Heinz Mitzschke und
Gerhard Sachse

Erstes kreisweites Bürgerbegehren in Thüringen „Lasst die Schule im Dorf!“ läuft auf vollen Touren

Einen Monat nach Start des ersten kreisweiten Bürgerbegehrens in Thüringen „Lasst die Schule im Dorf!“ ist die Unterschriftensammlung voll in Gang. Die Reaktionen angesprochener Mitbürgerinnen und Mitbürger sind durchweg positiv. Das Engagement der Stützerbacher Bürgerinitiative zur Rettung ihrer Schule ist beispielhaft und hat Unterstützung verdient.
Immerhin geht es um ein einzigartiges Projekt: Die Grundschule ist eine der sieben zertifizierten Kneipp-Schulen in Deutschland, die einzige im Ilm-Kreis.
Altes Fachwerkhaus, Kneippanlage im Garten, Bolzplatz, Spielplatz, Yogaraum, Schulgarten mit Kräutergarten, direkter Zugang zum Wald sind nur einige der Vorzüge dieser Grundschule. Dazu kommen die Betreuung der Kinder durch die Kneippärztin Frau Dr. Helm, viele Kooperationen mit Vereinen und die Zusammenarbeit mit dem Kneippkindergarten im Ort, vor allem aber die Leidenschaft, mit der Lehrerinnen, Erzieherinnen und Eltern mit den Kindern gemeinsam das Kneippkonzept (Wasser, Kräuter, Ernährung, Bewegung, Lebensordnung) leben.
Ausgerechnet diese Schule, in die zum Schuljahresbeginn 29 Kinder neu eingeschult werden können und die über die nächsten Jahre stabil Schülerzahlen über 100 ausweisen kann (im Schuljahr 2011/12 sind es aktuell 111), soll nach den Willen des Landrates und der Kreistagsmitglieder aus CDU, Freiem Wählern und FDP geschlossen werden.
Das wollen die Stützerbacher nicht und haben das erste kreisweite Bürgerbegehren in Thüringen, initiiert. Sie wollen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und sie hoffen auf breite Unterstützung. Es geht ihnen nicht nur um ihre Schule. Sie wollen, dass auch andere Schulen im ländlichen Raum des Kreises weiter bestehen bleiben können.
Das ist der Grund, warum die Kreistagsfraktionen von Linkspartei, SPD/Grüne, die Landtagsabgeordneten der Linken aus dem Ilm-Kreis, Petra Enders, Martina Renner, Sabine Berninger und Frank Kuschel, aber auch der Bundestagsabgeordnete Jens Petermann (DIE LINKE) aus Arnstadt und MdL Eleonore Mühlbauer von der SPD dieses Anliegen unterstützen
Wird die Grundschule Stützerbach geschlossen sind bei der Anwendung der gleichen Argumentation die Grundschulen in Dörnfeld, Holzhausen, Ichtershausen, Kirchheim, Marlishausen, Martinroda, Osthausen und Plaue in ihrem Bestand gefährdet. Dort sind zum Teil, wie in Dörnfeld mit 64 Grundschülern und 9 aktuellen Einschulungen oder in Martinroda mit aktuell 76 Grundschülern und 21 Einschulungen, deutlich kleinere Schulen, die aber für die Lebensqualität ihrer Gemeinden, wie überall, von unschätzbarem Wert sind.
Die Finanzen sind in jeder Kommune ein wichtiger Faktor, auch im Kreis. Aber Geld ist nicht alles. Wenn es um Schule geht, geht es immer um Kinder. Und wenn es um Kinder geht, geht es um Zukunft.
Wir unterstützen all diejenigen, die ein weiteres Schulsterben im Ilm-Kreis nicht wollen.
Die Kneipp-Schule Stützerbach ist ein Signal für lebenswerte Kommunen.
Helft mit, die Schule zu erhalten. Gemeinsam können wir es schaffen.
Nach einem Monat aktiven Sammelns sind bislang gut 2.000 Unterschriften bei den Organisatoren eingegangen. Bis zum 31. Oktober ist Zeit, die erforderliche Anzahl von 7.000 Unterzeichnern des Bürgerbegehrens zu erreichen. Dann muss sich der Kreistag erneut mit der Schulnetzplanung befassen.
Ein erfolgreiches Bürgerbegehren ist das beste Argument für den Erhalt der Schule.

Eckhard Bauerschmidt

Sommerfest der Linken in Ilmenau

Ein Sommerfest war es nun wirklich nicht. Grau der Himmel, kalt der Wind, Regenschauer trieben die Gäste in den Hochhausklub, die aufgestellten Bänke verwaisten. Das hatten wir nun doch nicht verdient. Dabei waren viele Genossen im Vorfeld tätig. Ob es Herbert Bachmann war, der sich um die Versorgung im Vorfeld kümmerte und dann vor Anstrengung am Rost schwitzte, Gerhard Sachse, der alle mit Getränken versorgte, Carola Springer, Cordula Giewald, die anwesende Kinder umsichtig betreute, Karl-Heinz Kerntopf, der sie mit Töpferarbeiten dabei unterstützte, Ingeborg Giewald, die einen Stand aufbaute, um die Arbeit von Cuba si zu dokumentieren und ein Quiz vorbereitet hatte, Alexander Thron, Antje Haupt und Lyvan Gonzalez, die scharfe kubanische Getränke mixten, oder Katrin Kämpf, Harald Mitzschke und Kai Mitzschke, die für Transport und Aufbau sorgten. Viele Hände hatten sich geregt, alle hofften auf Anklang, doch der ganz große Wurf blieb versagt. Zwar kam es zu angeregten Gesprächen, zwar fand man einmal in ungezwungener Atmosphäre zusammen, jedoch die Resonanz hätte größer sein können. Aber, so war man sich einig, auch im nächsten Jahr wird es ein Sommerfest geben, allerdings werden wir einige Dinge anders machen!

Karl-Heinz Mitzschke

Viele Menschen haben zum Gelingen unseres kleinen Sommerfestes beigetragen.

Vorstandsarbeit

Am 13. 7. fand sich der Stadtvorstand der Ilmenauer Linken zusammen, um Ziele für die Arbeit im 2. Halbjahr zu setzen, sowie kritisch die Aktivitäten der vergangenen Monate zu betrachten. Erschwerend für die Vorstandstätigkeit ist die Tatsache, dass die langjährige Vorsitzende, Genossin Große, seit Mitte vergangenen Jahres krankheitsbedingt ihre Führungsaufgabe nicht mehr wahrnehmen konnte. Das vor allem die politischen Stammtische mit solchen Themen wie erneuerbare Energie für Ilmenau, die Steuerpolitik und zu bildungspolitischen Fragen nicht nur kompetente Gesprächspartner der Fraktion fanden, sonder auch gut besucht waren, sind Erfolge, die nur schwer wieder zu erreichen sind. Geplant ist eine weitere Veranstaltung zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Hier bitten wir auch die Genossen um Vorschläge zu weiteren interessanten Themen. Dank der Initiative des Genossen Leuner wurde die Arbeit der Rosa-Luxemburg-stiftung wiederbelebt. Nach einer Veranstaltung mit Frau Finke, die sich mit dem Verhältnis von Marxismus und Christentum beschäftigte, ist für den August eine weitere zum Thema Wurzeln des Antisemitismus geplant. Um die Wirkung der Ilmenauer Linken nach außen zu erhöhen beauftragte der Stadtvorstand Genossen Thron, einen Facebook-Account einzurichten. Weitere Fragen, die behandelt wurden, waren neben der Verbesserung der Verteilung des Linken Echos die Auswertung des Sommerfestes. Hier sollte die Wirkung mehr nach außen gerichtet werden und die „Alte Försterei“ als Ausrichtungslokalität gewählt werden.

Karl-Heinz Mitzschke

Mehr Demokratie: „Bürgern demokratisches Recht nicht vorenthalten“

Stadtilmer warten nach erfolgreichem Bürgerbegehren auf Bürgerentscheid Mehr Demokratie: „Bürgern demokratisches Recht nicht vorenthalten“

Seit mehr als sieben Monaten warten die Bürgerinnen und Bürger in Stadtilm (Ilm-Kreis) auf einen Bürgerentscheid über den Bau einer Umgehungsstraße. Im August und September 2010 hatten die Initiatoren für ein Bürgerbegehren 687 gültige Unterschriften gesammelt. Notwendig waren 293 Unterschriften. Die Hürde

von sieben Prozent der Stimmberechtigten wurde damit deutlich genommen. Bereits am 25. November hatte der Stadtrat die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beschlossen. Ein Termin für den Bürgerentscheid allerdings wurde bis heute nicht festgelegt. „Die direkte Demokratie verlangt nach ausreichend Fristen, damit die Menschen ein Thema diskutieren und sich eine eigene Meinung bilden können.

Das kann aber kein Freibrief für lange Bänke sein. Die Menschen sollten noch wahrnehmen können, das Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zwei Schritte desselben Verfahrens sind“, so Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie in Thüringen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum der Stadtrat den Bürgern so lange ihr demokratisches Recht auf eine Abstimmung vorenthalte. „Auch wenn die Thüringer Kommunalordnung keine Frist festlegt, innerhalb derer ein Bürgerentscheid erfolgen muss, gebietet es der Respekt vor den Bürgern, den Abstimmungstermin endlich anzusetzen.“

Dass es noch keinen Termin für den Bürgerentscheid gab, begründete Stadtilms Bürgermeister Joachim Günsel im Februar 2011 damit, dass der Termin von der Kommunalaufsicht festgelegt werde. Laut Aussage der Kommunalaufsicht des Ilm-Kreises setzt diese jedoch den Termin nur im Benehmen mit der Stadt fest. Die Initiatoren wandten sich im Mai 2011 mit einem Brief an den Bürgermeister, in dem sie eine "zeitnahe" Durchführung des Bürgerentscheides mit vorhergehender Information der Bürger forderten. Der Entscheid sollte nach ihrer Vorstellung spätestens im September stattfinden. Dann wäre es ein Jahr her, dass die Initiatoren die Unterschriften für das Bürgerbegehren an die Verwaltung übergeben haben.

Hintergrund:

Am 22. Mai 2010 wurde in Stadtilm ein Bürgerbegehren für den baldigen Bau einer Umgehungsstraße beantragt, nachdem im April der Stadtrat beschlossen hatte, bei diesem Projekt die Verkehrsentwicklung nach dem Bau der B 90 abzuwarten. Nach Ansicht der Initiatoren ist eine Umgehungsstraße rasch notwendig, um die Innenstadt zu entlasten. Am 23. Juni 2010 wurde das Begehren zugelassen und die Sammlungsfrist festgelegt (1. August bis 30. November 2010). Bereits am 24. September konnten 711 Unterschriften an die Verwaltung übergeben werden. Am 25. November beschloss der Stadtrat mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Eine Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke, die die Forderungen des Begehrens übernahm, wodurch der Bürgerentscheid entfallen wäre, wurde am 16. Dezember 2010 abgelehnt. Die Thüringer Kommunalordnung legt keine bestimmte Frist fest, innerhalb derer ein Bürgerentscheid nach einem zulässigen Bürgerbegehren erfolgen muss. Nach § 17 Abs. 6 wird der Termin von der Rechtsaufsichtsbehörde im Benehmen mit der Gemeinde hergestellt. Ansonsten gelten die Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes und der Thüringer Kommunalwahlordnung. Danach wird der Termin zur Stimmabgabe auf einen Sonntag festgesetzt und der Gemeinde schriftlich mitgeteilt mit dem Hinweis, dass der Abstimmungstermin durch den Abstimmungsleiter spätestens am 58. Tag vor der Abstimmung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen ist.

Beim Bürgerentscheid können die Stadtilmer über folgende Frage entscheiden:

"Sind Sie dafür, dass die vom Büro ‚Inver' vorgeschlagene und von der Straßenbauverwaltung Thüringen bestätigte Ausführungsvariante 3.1 einer Innenstadtumfahrung von der B90 neu an die Landesstraßen L1048 und L1049 umgesetzt wird?" Der Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn die Mehrheit der Abstimmenden sowie mindestens 20 Prozent aller Stimmberechtigten diese Frage mit JA beantworten.

Mehr Demokratie in Thüringen
Landesbüro

Erste Etappe Volksbegehren „Für gerechte Kommunalabgaben“ erfolgreich!

„Dass viele Thüringerinnen und Thüringer für die Abschaffung der völlig unzeitgemäßen Abwasser- und Straßenausbaubeiträge eintreten, zeigt der erfolgreiche Start des diesbezüglichen Volksbegehrens“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN Frank Kuschel.
Viermal so viele Bürgerinnen und Bürger als notwendig haben den Zulassungsantrag für das Volksbegehren „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“ unterstützt. 5.000 Unterstützungsunterschriften wären erforderlich gewesen. Tatsächlich sind bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Parlamentsreports am 5. August rund 20.000 Unterschriften eingegangen.
Susan Rechenbach und Peter Hammen, die beiden Vertreter des Volksbegehrens, danken in diesem Zusammenhang allen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Sammlerinnen und Sammlern für ihr Engagement. „Ohne sie und die Unterstützung der Partner, zu denen auch die Landtagfraktion der LINKEN zählt, wäre dieses Ergebnis undenkbar“, so die Einschätzung von Susan Rechenbach.
Mit dem Volksbegehren sollen die Abwasser- und Straßenausbaubeiträge gesetzlich abgeschafft werden. Das Volksbegehren orientiert sich im Wesentlichen an einem Gesetzentwurf, den DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne vor geraumer Zeit in den Landtag eingebracht hatten. Dieser wurde jedoch durch CDU und SPD abgelehnt. Stattdessen haben CDU und SPD die gesetzlichen Bedingungen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen noch verschärft, wodurch die Bürger weiter finanziell belastet werden.
Nach dem Willen der Initiatoren des Volksbegehrens sollen künftig die Investitionen im Abwasserbereich so wie bei der Wasserversorgung ausschließlich über die Gebühren refinanziert werden. 2004 wurden bereits die Wasserbeiträge abgeschafft und gezahlte Beiträge an die Bürger zurückgezahlt. Zudem sollen Straßenausbaumaßnahmen künftig nicht mehr anteilig über Straßenausbaubeiträge sondern über eine Infrastrukturabgabe finanziert werden. Ob und in welcher Höhe die Gemeinden diese Abgabe erheben, sollen diese selbst entscheiden können. Eine vergleichbare Regelung gibt es in Sachsen.

Unterschriftsbögen am 19. August ans Innenministerium

Am 19. August werden die Initiatoren des Volksbegehrens die Unterschriftsbögen an das Innenministerium übergeben. Von dort werden diese Bögen an die einzelnen Meldestellen zur Prüfung verschickt. Nach erfolgter Prüfung muss die Landtagspräsidentin über die Zulässigkeit des Antrags entscheiden.
„Entgegen bisheriger Äußerungen von Vertretern der CDU und SPD sollte die Landtagspräsidentin den Willen der Bürger respektieren und das Volksbegehren zulassen und diese Entscheidung nicht auf den Verfassungsgerichtshof abdelegierten“, forderte Frank Kuschel.
Der Landtagsabgeordnete betonte, dass aber die eigentliche Herausforderung noch bevor steht. Nach der Zulassung des Volksbegehrens müssen in Thüringen rund 180.000 Unterstützungsunterschriften innerhalb von vier Monaten gesammelt werden. „Die jetzige Sammlungsaktion macht uns jedoch Mut, auch diese Hürde gemeinsam mit den Partnern und Unterstützern nehmen zu können“ so Susan Rechenbach und Peter Hammen abschließend.
Weitere Informationen zum Volksbegehren unter:
www.volksbegehren-kommunalabgaben.de

Frank Kuschel

Bürger für Gebührengerechtigkeit
Wasser-Abwasser Widerspruch
Regionalausgabe für Arnstadt und Umgebung erhältlich in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE und im Wahlkreisbüro von Sabine Berninger. Bestellungen auch unter 03628 660624.

Die Ilmenauer Linke und die neuen Medien

Nachdem die Hompage unseres Stadtverbandes nun nicht nur funktioniert, sondern auch von Gerhard Sachse vorbildlich betreut wird, wollten wir den nächsten Schritt gehen. Alexander Thron schlug vor, auch auf Facebook, einem sozialen Netzwerk, präsent zu sein. Jedoch mit der Einrichtung ist es nicht getan.
Wie auch in unserem Webauftritt nähren sich solche Aktionen aus zwei Quellen, dem Nutzer und dem „Befüller“. Noch zu gering ist die Zahl der Genossen, die wir mit unserer Hompage erreichen, auch geschuldet der Tatsache, dass ältere Mitglieder nicht über die erforderliche Technik verfügen, noch zu gering die Zahl derer, die sie durch ihre Beiträge zum Leben erwecken. Es ist unerlässlich, darin ist sich der Stadtvorstand einig, in einer Zeit rasanter Medienentwicklung auch hier den „Fuß in der Tür zu haben“. Noch ist es nur ein Spalt, den wir öffneten, denn außer den Genossen Wagner, Springer, Giewald, Sachse, Leuner, Weise und Karl-Heinz Mitzschke haben die Genossen sich nicht an der Gestaltung unseres Auftritts beteiligt. Das ist schade, wirkt doch solch eine Präsentation nur durch die Vielfalt. Dies gilt auch und besonders für den Facebook-Auftritt. Nur um ihn zu haben, lohnt kein Aufwand. Sicher eine Angelegenheit, mit der sich der Stadtvorstand beschäftigen sollte und gleichfalls ein Aufruf an alle, sich rege auch in dieser Hinsicht zu beteiligen.

Karl-Heinz Mitzschke

Über Facebook - Definition bei Wikipedia:

Facebook (englisch sinngemäß „Studenten-Jahrbuch“) ist eine Website zum Erstellen und Betreiben sozialer Netzwerke, die der Facebook Inc. mit Sitz im kalifornischen Menlo Park gehört.
Die Plattform war im Februar 2004 erstmals zugänglich und erreichte im Januar 2011 nach eigenen Angaben 600 Millionen aktive Nutzer weltweit.[3]Anfang Juni 2011 betrug der Mitgliederbestand 689,3 Millionen.[4] In Deutschland sind mittlerweile 18,6 Millionen Menschen bzw. 22,8 Prozent der Gesamtbevölkerung auf Facebook aktiv (Stand: 31. Mai 2011).[4] Nachdem Deutschland im April 2011 Kanada in der Weltrangliste überholte und damit erstmals in den Top 10 der Länder mit den meisten aktiven Nutzern stand, wurde Deutschland im Mai 2011 durch Brasilien verdrängt und befindet sich nun wieder auf dem elften Rang; die Schweiz liegt auf dem 46. Rang (2,6 Millionen Mitglieder) und Österreich auf dem 48. Rang (2,5 Millionen Mitglieder).

Jeder Benutzer verfügt über eine Profilseite, auf der er sich vorstellen und Fotos oder Videos hochladen kann. Auf der Pinnwand des Profils können Besucher öffentlich sichtbare Nachrichten hinterlassen oder Notizen oder Blogs veröffentlichen. Alternativ zu öffentlichen Nachrichten können sich Benutzer persönliche Nachrichten schicken oder chatten. Freunde können zu Gruppen und Events eingeladen werden. Facebook verfügt zudem über einen Marktplatz, auf dem Benutzer Kleinanzeigen aufgeben und einsehen können. Durch eine Beobachtungsliste wird man über Neuigkeiten, z. B. neue Pinnwandeinträge auf den Profilseiten von Freunden informiert. Die Benutzer auf Facebook sind in Universitäts-, Schul-, Arbeitsplatz- und Regionsnetzwerke eingeteilt.
Applikationen

Das Unternehmen öffnete im Mai 2007 seine Plattform für Anwendungen von Drittanbietern. Entwicklern steht über die Facebook Plattform eine Programmierschnittstelle (API) zur Verfügung, mit der sie Programme schreiben können, die sich dem Design von Facebook anpassen und nach Erlaubnis der Nutzer auf deren Daten zugreifen können. [9] Facebook-Mitglieder können die angebotenen Programme in ihre Profilseiten integrieren. Die Bandbreite umfasst Spiele und andere Kommunikationsanwendungen. Nach Unternehmensangaben waren im Oktober 2009 mehr als 350.000 Applikationen verfügbar. Allerdings erreicht nur ein kleiner Teil davon mehr als 100.000 Nutzer im Monat. Mit über 75 Millionen aktiven Nutzern ist das Onlinespiel FarmVille die derzeit beliebteste Facebook-Applikation.
Beobachter bewerten die Öffnung der Plattform als wichtigen Schritt, um die Attraktivität von Facebook zu erhöhen und damit die Nutzerzahl zu steigern. Allerdings wuchs das Angebot derart rasant, dass Nutzer über die Unübersichtlichkeit klagten. Einige Applikationen sind vor allem darauf ausgelegt, sich möglichst schnell zu verbreiten. Das Unternehmen geht mittlerweile gegen Application Spamvor, indem es im Rahmen eines sogenannten Verification Programm vertrauenswürdige und sichere Anwendungen besser platziert und ihnen ein entsprechendes Logo verleiht.

Petra Enders: Nicht nachhaltig - sondern käuflich

Mit Empörung hat Petra Enders (MdL, DIE LINKE) auf Äußerungen des Geschäftsführers des Naturparks Thüringer Wald, Florian Meusel, reagiert. Meusel hatte bei einem Besuch der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) in der Geschäftsstelle des Naturparks in Friedrichshöhe erklärt, der Bau der 380 kV-Leitung über den Rennsteig zuzulassen, wenn u a. niedrigere Masten und Millionen an Ausgleichszahlungen des Netzbetreiber „50 Hertz Transmission“ fließen.

Petra Enders: „Das hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun, sondern nur mit Käuflichkeit! Der Schaden, den Großprojekte in der Natur hinterlassen, ist mit Geld nicht aufzuwiegen.“

Für Petra Enders, die als Bürgermeisterin von Großbreitenbach und Landtagsabgeordnete seit Jahren zu den stärksten Kritikern dieser Leitung zählt, ist es zudem völlig unverständlich, wie der Geschäftsführer eines Naturparks, dessen Aufgabe es vorrangig ist, „die naturnahen und nutzungsgeprägten Landschaften des Thüringer Waldes, … zu schützen, pfleglich zu nutzen und zu entwickeln“, (siehe § 2, Satzung des Verbandes), sich zu solch einer Äußerung hinreißen lässt.

„Das ist zudem völlig überflüssig“, sagt sie weiter. Das Thüringer Landesverwaltungsamt prüft gegenwärtig den Antrag von „50 Hertz“, wartet dabei seit Wochen vergeblich auf die während der Anhörung zum Verfahren Anfang Mai eingeforderte Lastflussanalyse der bestehenden Leitung Remtendorf - Redwitz, so dass die Anwaltskanzlei der Trassengegner deshalb auf Einstellung des Verfahrens plädiert.

„Es ist zu vermuten“, so Petra Enders weiter, „dass diese Lastflussanalyse die Aussage stützt, dass eine weitere 380 kV-Leitung durch Thüringen überflüssig ist, zumal nach dem beschlossenen Ende der Atomkraft gerade Länder wie Baden-Württemberg und Bayern verstärkt Anstrengungen unternehmen, eigene Ressourcen bei der Nutzung der erneuerbaren Energien vor Ort, dezentral, zu erschließen“.

So will Baden-Württemberg seinen Anteil an Windenergie von gegenwärtig 0,7 Prozent auf 20 Prozent im Jahre 2020 steigern und selbst Thüringen plant, sich vom Energietransitland zum Eigenversorger auf der Basis regenerativer Energien zu entwickeln. Erneuerbare Energie, die im Mix in der Nähe der Industrieballungsgebiete selbst erzeugt wird, braucht nicht über hunderte von Kilometern von Nord- und Ostsee unter Inkaufnahme von riesigen Leitungsverlusten nach Süden transportiert werden.

Frank Kuschel neuer Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Die Stadtratsfraktion der Arnstädter LINKEN geht mit einem neuen Fraktionsvorsitzenden in die Sommerpause. Am Montag, den 18. Juli 2011 – einen Monat nach seiner Nominierung zum Bürgermeisterkandidaten – wählten die StadträtInnen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Arnstadt Frank Kuschel auf Vorschlag des Stadtvorstandes einstimmig zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden.

Frank Kuschel wird nun die Nachfolge für den im Juni ausgeschiedenen Steffen Dittes im Hauptausschuss der Stadt antreten, aber weiterhin Mitglied im Finanzausschuss der Stadt bleiben. Das sei ihm, gerade in der jetzigen finanziellen Situation der Stadt, die erst seit Juni einen beschlossenen Haushalt vorweisen kann, sehr wichtig, so der frischgebackene Fraktionsvorsitzende während der Fraktionssitzung am Montag. Die Arbeit für den Haushaltsplan 2012 beginne nicht erst, wenn die Verwaltung irgendwann im Herbst einen Entwurf vorlege: „An der LINKEN wird es, genau wie 2011, auch im nächsten Jahr nicht liegen, wenn der nächste Haushaltplan möglicherweise wiederum verspätet eingebracht und beschlossen werden sollte. Unser Ziel ist es, den Haushalt innerhalb der durch die Thüringer Kommunalordnung vorgesehenen gesetzlichen Frist zu verabschieden.“

Die Stadtratsfraktion verabredete außerdem in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause weitere Themenschwerpunkte für das zweite Halbjahr 2011. Darunter die Arbeit an einem Energiekonzept für Arnstadt, das innerstädtische Verkehrskonzept und eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt mit dem Ziel, den Ortschaftsräten in den Stadtteilen mehr Entscheidungskompetenzen einzuräumen.

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau
Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

Zum Thema „13. August 1961“

Charakteristisch für die damalige sehr komplizierte Lage ist, was der nun jeder DDR-Freundlichkeit unverdächtige US-amerikanische Senator William Fulbright am 30. Juli 1961 als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Senats in einem Fernsehinterview äußerte: „Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenze schließen, denn ich glaube, daß sie ein Recht haben, sie zu schließen.“ Das Konkrete dazu findet sich bei Egon Bahr, wonach die Politik der BRD - und damit auch des Senats von Berlin (West) - darauf gerichtet war, „die DDR zum Verschwinden zu bringen.“ Wem das nicht genügt, kann in der „Bonner Rundschau“ vom 9. Juli 1961 die Forderung nachlesen, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges, anzuwenden.“ Und weiter heißt es: „Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr.“ Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß ließ am 1. August 1961 verlauten, „daß der Westen auf eine Art Bürgerkrieg vorbereitet sein muß.“ Haben sich denn die mit ihrer Bewertung der damaligen Grenzschließung so unsicheren Politiker der Partei DIE LINKE auch damit auseinandergesetzt, zumal die seitens der BRD und des Senats von Berlin (West) betriebene aggressive und von antikommunistischem Hass geprägte Politik in den bürgerlichen Medien tunlichst unterschlagen wird?

H.-J. Weise

„Mauerschützen“?

Mit Hans Magnus Enzensberger hatte einer der bekanntesten und angesehensten Publizisten der BRD in seinem „Kursbuch 4/66. Katechismus zur deutschen Frage.“ im Hinblick auf deren gegen die DDR betriebene Politik mit nicht zu überbietender Deutlichkeit und Eindeutigkeit festgestellt: „*Auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik hat sich, ihr zufolge, mit Unterstützung einer fremden Macht eine Regierung von Aufständischen etabliert, mit der sich die Bundesrepublik im 'Kalten Bürgerkrieg' befindet. Die Wiedervereinigung, d.h. die Inbesitznahme der von den Aufständischen widerrechtlich beherrschten Gebiete, setzt folglich eine Kapitulation des Gegners voraus. Wiedervereinigung im Sinne der Bundesregierung heißt Sieg im Kalten Krieg; ihr Korrelat ist notwendig die Politik der Stärke.*“ Das heißt letztlich, dass die Bonner Regierung mit einer der Geschichte wie auch dem Völkerrecht hohnsprechenden Frechheit und Unverfrorenheit die DDR als einen ihr angeblich widerrechtlich entzogenen Teil ihres Hoheitsgebietes beanspruchte. Seit Egon Bahr ist zudem gerichtsnotorisch, dass die Politik der BRD darauf gerichtet war, die DDR „*zum Verschwinden zu bringen*“, also ihre Existenz zu vernichten. Die akribische Umsetzung dieser aggressiven und somit völkerrechtswidrigen wie friedensbedrohenden Politik in konkrete Pläne und Maßnahmen besorgten das sogenannte „Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen“ und dessen Nachfolger mit dem ebenso verlogenen Namen „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen“ - alles seit langem bekannte Tatsachen, die seitens der herrschenden Politik und Propaganda bewusst und vorsätzlich ausgeblendet und offenbar auch von einigen führenden Politikern der Partei DIE LINKE nicht zu Kenntnis genommen werden. Dabei hatte mit Ernst Nolte selbst einer der konservativsten Historiker der BRD kritisiert, dass diese damit ein eigenes Ministerium für den Kalten Krieg unterhielt. Ebenfalls keine neue Erkenntnis ist die Tatsache, dass die vor allem durch die West-Berliner „Frontstadt“-Politik inszenierte angebliche „Abstimmung mit den Füßen“ integraler Bestandteil dieser Politik war, um der DDR so viele Menschen wie möglich zu entziehen und ihr dadurch sowohl politisch als auch wirtschaftlich in erheblichem Maße zu schaden. Hier schließt sich der Kreis zur obengenannten grundsätzlichen Illegalisierung des zweiten deutschen Staates, denn mit dem so falschen wie verlogenen Konstrukt „innerdeutsche Grenze“ wurden der illegale Grenzübertritt durch DDR-Bürger völkerrechtswidrig legalisiert und jede staatliche Maßnahme zu dessen Verhinderung illegalisiert und damit kriminalisiert. Das gipfelte dann darin, dass Mörder von Grenzsoldaten wie der vor 35 Jahren erstinstanzlich in Essen freigesprochene und mit 15.000 DM „entschädigte“ Werner Weinhold unter frenetischem Jubel als „Helden“ und „Freiheitskämpfer“ gefeiert wurden. Tatsächlicher eiskalter Mord wurde damit in den Rang einer ehrbaren Handlung umgefälscht. Ebenso gilt Schusswaffengebrauch mit Todesfolge durch Angehörige von Polizei und Zoll der BRD und von Berlin (West) sowie den damaligen Bundesgrenzschutz als „richtig, rechtens und rechtsstaatlich“ und von den Tätern werden selbstverständlich weder Gewissensbisse noch Selbstkasteiung verlangt. Sie unterliegen im Gegenteil wohlwollender politischer, propagandistischer und juristischer Behütung wie eben der polizeiliche Todesschütze von Essen, der am 11. Mai 1952, vor bald 60 Jahren also, mit Philipp Müller einen der Kämpfer gegen die Wiederaufrüstung erschoss, der West-Berliner Polizeiinspektor Hermann Zunker, der am 7. November 1951 den Eisenbahner Ernst Kamieth tötete, oder die bundesdeutschen Zöllner, die in den 1950er und 1960er Jahren gnadenlos auf jeden schossen, der sich die – jedenfalls aus seiner Sicht – Freiheit nahm, illegal die Grenze zu Belgien zu überschreiten, um durch dort gekauften billigen Kaffee die hohe Kaffeesteuer in der BRD zu umgehen: „*Wir müssen das Anhalterecht an der Grenze aufrechterhalten. Das brauchen wir so oder so.*“ und „*Inwieweit kann ich die Beurteilung der Verhältnismäßigkeit bei Einsatz der Schußwaffe einem Beamten in einer Situation aufbürden, wo es schnell geht, wo er in einer gewissen Erregung ist? Geht das Gesetz oder gehen die Verwaltungsvorschriften da nicht über das Beurteilungsvermögen des Beamten hinaus*?“ - mit diesen Argumentationen rechtfertigte seinerzeit Bundesfinanzminister Rolf Dahlgrün (FDP) im Bundestag öffentlich die Todesschüsse des ihm unterstellten Zolls. Daraus ergibt sich letztlich nur eine Schlussfolgerung: Die BRD nimmt sich das Recht, den Staat schädigende Handlungen und Personen auch mit Waffengewalt zu bekämpfen, der DDR aber, mit der sie sich 1990 doch vereinigt haben will, wird genau dieses Recht abgesprochen und im Gegenteil dessen Inanspruchnahme illegalisiert und damit kriminalisiert. Eine kritische Aufarbeitung und Beurteilung dieser seit 1949 betriebenen bundesdeutschen Politik ist unter keinen Umständen gewollt, wozu Propaganda-Begriffe, Filme und Sendungen in der Art von „Mauerschützen“ mit viel Fleiß und Aufwand, aber unter bewusster Ausblendung der Tatsachen und Hintergründe, ihren erwünschten und deshalb wohlwollend unterstützten und finanziell geförderten Beitrag leisten.

H.-J. Weise

Zur „Erklärung der Historischen Kommission der LINKEN zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer“

Wir haben in den letzten acht Ausgaben von „Linkes Echo“ in der Artikelserie „Historische Ereignisse – Zum Umgang mit Erinnerungen, Geschichtsverfälschungen und runden Jahrestagen von geschichtlichen Ereignissen“ die Ursachen und Etappen, wie es zu diesen Entscheidungen der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung der Staatsgrenzen einschl. zu Westberlin kam, dargelegt. Bekräftigt wurden die, in dieser Artikelserie genannten, Hintergründe und Fakten in dem jüngst erschienen Buch von Heinz Kessler und Fritz Streletz „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“. (Eine umfangreiche Besprechung desselben befindet sich in der Ausgabe der Sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 28. Juli 2011, Seite 17).

Nun stellt die Historische Kommission der LINKEN in ihrer Erklärung vom Juni 2011 u. a. fest:

„Die komplette Abriegelung der Grenze nach Westberlin am 13. August 1961 und der anschließende Bau der Mauer dienten der Aufrechterhaltung des politischen Systems in der DDR. Die Partei- und Staatsführung sah keine andere Möglichkeit der anhaltenden Übersiedlungs- und Fluchtbewegung in die Bundesrepublik und dem damit verbundenen Verlust hochqualifizierter Arbeitskräfte Einhalt zu gebieten. Es war das Eingeständnis, den zuvor propagierten Wettbewerb der Systeme bei offenen Grenzen nicht bestehen zu können. Die Mauer symbolisiert somit Schwächen des Sozialismus, die als Geschichtszeichen bis heute nachwirken.“

Weiter heißt es: „Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen“.

Dieser Text wurde aus der bereits 2001 veröffentlichten Erklärung übernommen. Neue Erkenntnisse, wie z.B. aus nunmehr geöffneten Archiven, konnte die Historische Kommission DIE LINKE nach zehn Jahren offenbar nicht gewinnen. Jedoch die Ausgangspunkte, wenn sie auch in der Erklärung dargelegt werden, sind zuerst die Ursachen für die Entscheidungen, die zum 13. August 1961 führten, und diese heißen: die Gefahr eines Krieges zu bannen oder, wie es der damalige Präsident der USA, J.F. Kennedy, formulierte: Die Mauer „sei keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg.“

In den nachfolgenden Aussagen hat die Historische Kommission Recht: „Es ist zur Kenntnis zu nehmen: Die Mauer hätte auch nicht über Jahrzehnte bestehen können, ohne eine Tolerierung durch die westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien, Frankreich), für die damit der bestehende Status quo gesichert wurde. Die eigentlichen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West fanden nicht mehr in Europa statt, sondern in Teilen der sogenannten Dritten Welt, wie etwa in Kuba, Vietnam oder Afrika. Dass in der Folgezeit die Entspannungspolitik vor allem in Europa rasante Fortschritt machte, gehört zum Paradox des Mauerbaus.“

Wir finden also in der Erklärung der Historischen Kommission DIE LINKE Feststellungen, die den in der o. g. Artikelserie entsprechen, jedoch auch Feststellungen, dass die Ursachen für die Maßnahmen zum 13. August 1961 zuerst bei der Partei- und Staatsführung der DDR liegen.

Jedoch auch das bleibt festzustellen: Die Menschen, die vor dem 13. August 1961 aus der DDR abwanderten, gingen zuerst wegen der in der BRD bestehenden besseren Lebensbedingungen in den Westen. Sie wollten am Leben im Wohlstand der Bürger der BRD teilhaben, den es in der DDR nicht geben konnte. Es gab hier keinen Marshallpan. Die DDR bezahlte die Reparationen für ganz Deutschland. Wenn es um Teilhabe am Wohlstand geht, so gibt es einen aktuellen Vergleich: Die Menschen gehen auch heute von Ost nach West, weil sie im Westen Arbeit finden, die besser als im Osten bezahlt wird. Auch im Jahr 2011, über zwanzig Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD. Insoweit existiert die Mauer weiter.

Ein erforderlicher Nachsatz: Kein Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte ist wohl Gegenstand so scharfer Auseinandersetzungen der verschiedenen politischen Lager, wie die Sicherung der Grenzen zu Westberlin und der DDR am 13. August 1961. Das wird es leider auch weiterhin bleiben.

Jochen Traut

Gemeinsam.

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

Der Rückfall in den Kapitalismus – ein historischer Fortschritt?

In einem als „Rezension präsentierten Kurzaufsatz“(„ND“ vom 30./31. Juli) haben zehn Mitglieder der Partei „DIE LINKE“, darunter mit Ralf Christoffers, Helmut Markov und Kerstin Kaiser drei prominente brandenburgische Landespolitiker, Oskar Lafontaine scharf angegriffen und ihn des „Geschichtsrevisionismus“ geziehen. In ihrem Papier werfen sie ihm unter anderem vor: „Wer im Heute – verglichen mit dem Vergangenen – historischen Fortschritt erkennt, soll ideologisch abgekanzelt werden.“ Irrtum, meine Lieben - wer meint, im Heute, also in der kapitalistischen Ellenbogengesellschaft, einen historischen Fortschritt zu erkennen, hat nicht begriffen, dass eine von deren Gebrechen freie Gesellschaft nicht in fünf, nicht in zehn, nicht in vierzig und auch nicht in hundert Jahren in ihren wesentlichsten Elementen zu vollenden ist, zumal sie von den mächtigen Eignern der großen Industrie-, Finanz- und Agrarkapitalien und ihren Politikern von Anfang an mit allen Mitteln, darunter sehr verbrecherischen, bekämpft wurde. Der hat auch die Unfreiheit durch Arbeitslosigkeit und das Unrecht von Armut per Gesetz nicht kennenlernen müssen und der verwechselt Demokratie mit bürgerlichem Parlamentarismus als der lediglich demokratisch verbrämten Herrschaft des Kapitals. In einer Demokratie, die der Wortbedeutung Volksherrschaft wenigstens einigermaßen gerecht wird, dürfen solche Unmenschlichkeiten wie „Hartz IV“ und „Sparpaket“ nicht einmal angedacht werden, von Kriegseinsätzen gar nicht zu reden. Das, was 1989 unter den Schlagworten „Bürgerbewegt“ und „Demokratie“ bar jeglichen kritischen Nachdenkens, aber mittels hochgeputschter und antikommunistisch geprägter irrationaler Gefühlsaufwallungen herbeidemonstriert wurde, war unbestreitbar die Restauration des Kapitalismus und nicht nur die, sondern gleich noch das Niederreißen aller Schranken sowohl für eine unbegrenzte Kapitalverwertung als auch für (bundes)deutschen Größenwahn, der mittels Kriegseinsätzen schon wieder die Welt „am deutschen Wesen genesen“ lassen will. Sogenannte Blauhelmeinsätze dienten und dienen lediglich dem Zweck, die Hemmschwelle dafür zu senken. Man könnte meinen, die am 1. August 1914 begonnene Katastrophe und die am 1. September 1939 vom Zaune gebrochene noch viel schlimmere habe es nie gegeben. Wer die Restauration des Kapitalismus samt seiner seitdem ungezügelten weltweiten Aggressivität als „historischen Fortschritt“ feiert, muss sich fragen lassen, ob er diese menschenverachtende Gesellschaft überhaupt noch überwinden will. Sollte dann tatsächlich mit „Nein“ geantwortet werden, wären solche Politikerinnen und Politiker in der SPD besser aufgehoben. Die hat nämlich spätestens 1914 ihren Frieden mit dem Großkapital gemacht – zum schwerwiegenden Nachteil der lohnabhängig Beschäftigten und der arbeitslos Gemachten, aber auch der Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmen.

H.-J. Weise

Angst vor der Sonne - die „FDJ in Westdeutschland“ und ihr Verbot vor 60 Jahren

Die FDJ, von der heutzutage leider nur noch kümmerliche Reste übriggeblieben sind, kennt man allgemein als den Jugendverband der DDR, gegründet am 7. März 1946, und zwar gemeinsam durch Initiatoren aus KPD und SPD sowie christlichen und bürgerlich-demokratischen Kreisen. Sie verstand sich als überparteilich und überkonfessionell, stand jedoch politisch der SED nicht nur besonders nahe, sondern wurde insbesondere nach jenem 3. Mai 1971, also der Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker als Erstem Sekretär des ZK, immer mehr zum „Helfer und Kampfreserve der Partei“. Das dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür sein, dass der Jugendverband ebenso wie die SED den immer stärker werdenden und zunehmend von militantem Antikommunismus und Hassausbrüchen geprägten Angriffen der sich „Bürgerbewegte“ nennenden Kräfte 1989 so unvorbereitet wie hilflos gegenüberstand. Ebenso überraschte und hilflose haupt- wie ehrenamtliche Leitungen, die zuvor jahrelang über eine „ständig steigende Kampfkraft“ fabuliert hatten, doch überhaupt nicht aufs Kämpfen eingestellt waren, gaben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, klein bei und kapitulierten: „Wir lösen uns auf.“, erklärte dem Verfasser im Frühjahr 1990 Chr. Hösch, Erster Sekretär der FDJ-Kreisleitung Ilmenau, und das war leider nur ein Beispiel von vielen. Da waren die Vorgänger von ganz anderem Schrot und Korn, denn Jugendverbände mit dem Namen „FDJ“ gab es schon vor dem Zweiten Weltkrieg und erst recht während des Krieges, gegründet von antifaschistischen Widerstandskämpfern im tschechoslowakischen und dann im britischen Exil. Sie leisteten eine sehr umfangreiche, teils lebensgefährliche Arbeit zur Aufklärung über den Hitlerfaschismus und seine wahren Absichten, entwickelten Vorstellungen über eine wirksame antifaschistische Jugendarbeit nach dem Kriege. Viele ihrer Mitglieder und Funktionäre traten in die britischen Streitkräfte ein und beteiligten sich an der Eröffnung der zweiten Front. Damit soll nicht gesagt werden, dass die FDJ in der DDR 1989 zu Gewaltmaßnahmen hätte greifen sollen, doch die Mehrheit ihrer Mitglieder und Funktionäre hatte – genau wie in der SED – nur noch Angst statt Mut. Da hatte der einstige gleichnamige, ihr organisatorisch nicht angehört habende, doch politisch natürlich eng mit ihr verbunden gewesene Jugendverband in der BRD mehr Mut und Kämpfergeist besessen, soviel, dass die Regierung Adenauer eine derartige Angst vor seinen knapp 30.000, vor allem aus der Gewerkschaftsjugend kommenden Mitgliedern hatte, dass sie ihn schließlich sogar gerichtlich verbieten ließ.

Die FDJ in den westlichen Besatzungszonen war bereits frühzeitig in das dortige politische Leben eingetreten: So hatten Uschi und Max Rubinstein schon am 9. Dezember 1945 im zur Britischen Besatzungszone gehörenden Düsseldorf einen der ersten Verbände ins Leben gerufen – drei Monate vor der Gründung der FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein Jahr später hatte die FDJ auch in den anderen westlichen Besatzungszonen ihre Tätigkeit aufgenommen. Das Zentralbüro leitete in den ersten Jahren der Hamburger Kommunist und Widerstandskämpfer

Helmut Heins, später Kurt Goldstein und Josef (genannt Jupp) Angenfort. Ihre hauptamtlichen Funktionäre gehörten durchweg der KPD an, die Mitglieder etwa zur Hälfte. Die wichtigsten Ziele der FDJ, und zwar in Ost und West, waren: Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschland, ohne Faschismus, ohne Militarismus und ohne Monopole im Industrie- und Finanzsektor, eines Deutschland mit garantierten sozialen Rechten für Kinder und Jugendliche. Das waren Ziele, die nach den bitteren Lehren von Faschismus und Krieg ganz einfach Notwendigkeiten waren, Notwendigkeiten von solcher Wichtigkeit und Dringlichkeit, dass sich selbst die CDU in den westlichen Besatzungszonen mit ihrem „Ahlener Programm“ der entstandenen Lage anpassen musste. Als sie es angesichts des beginnenden Kalten Krieges nicht mehr brauchte, da nun die alten Eliten mit ihren hinlänglichen Erfahrungen in der „Bekämpfung des Kommunismus“ wieder gefragt waren, sah sie die günstige Gelegenheit für gekommen, es nunmehr in den Panzerschränken verschwinden zu lassen.

Die FDJ in der BRD war der Regierung Adenauer ein Dorn im Auge, kämpfte sie doch mit der KPD am entschiedensten gegen deren verharmlosend als „Wiederbewaffnung“ hingestellte Politik der friedensgefährdenden und entspannungsfeindlichen Wiederaufrüstung und Remilitarisierung. So wurden zunächst die Daumenschrauben angezogen und versucht, die Mitglieder da zu treffen, wo es am wirksamsten schien – an der Existenz: Am 19. September 1950 erließ die Bundesregierung für FDJ-, KPD- und VVN-Mitglieder ein Beschäftigungsverbot im öffentlichen Dienst und damit ein Berufsverbot. Das war freilich nur die Vorstufe zum nachfolgenden FDJ-Verbot. Die in der BRD ab 1972 mit dem unter Willy Brandt – der bei seinem Amtsantritt „mehr Demokratie wagen“ wollte – verabschiedeten sogenannten „Radikalenerlass“ gepflegte und sogar bei ihren Verbündeten heftig kritisierte Berufsverbotspraxis im öffentlichen Dienst war also keine Erfindung dieses sozialdemokratischen Bundeskanzlers, sondern fast so alt wie die BRD selber. Da wurde folglich fast nahtlos an die undemokratische Politik der Regierung Adenauer angeknüpft.

Dessen ungeachtet bereitete die FDJ eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vor. Für eine solche Initiative konnte sie angesichts des in den ersten Nachkriegsjahren bei weiten Teilen der Jugend in der BRD verbreiteten Antimilitarismus durchaus mit einer breiten Zustimmung rechnen. In Bonn schrillten die Alarmglocken, sahen die Regierenden doch darin eine erhebliche Gefährdung ihrer in das Bestreben der USA zum „roll back“ dessen, was dort unter Kommunismus verstanden wurde, eingebundenen, auf das „Verschwinden“ der DDR und die Revision der auf Grund des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen gerichteten Politik. Längst schon arbeiteten ehemalige Wehrmachtsgenerale an den Plänen für eine neue, dieses Mal Bundeswehr genannte Aggressionsarmee, um es „beim nächsten Mal besser zu machen“. Den Rettungsanker sah die Bundesregierung in einem eilends erlassenen und am 24. April 1951 verkündeten Beschluss, mit dem die Volksbefragung kurzerhand als „verfassungswidrig“ verboten wurde. Auf Frieden und Abrüstung gerichtete und nach der furchtbaren Katastrophe des Zweiten Weltkrieges erst recht notwendige Politik wurde als „verfassungsfeindlich“ abgestempelt, ein Zeichen dafür, dass die offizielle BRD nicht daran dachte, ihrer Verpflichtung nachzukommen, alles zu tun, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen konnte. Das Verbot der Volksbefragung offenbarte zum einen, wie das Demokratieverständnis tatsächlich aussah, und zum anderen die Angst und Hilflosigkeit der Herrschenden, die sich nicht anders zu helfen wussten als das Vorhaben als „SED-gesteuert“ zu verunglimpfen:

Jupp Angenfort, hier mit seiner Frau, gehörte als Leiter des Zentralbüros der FDJ der BRD zu den prominentesten Opfern des Kalten Krieges, worüber offiziell der Mantel des Schweigens gebreitet wird.

„1. Die von der SED, dem Gewalthaber der Sowjetzone, betriebene Volksbefragung ‚gegen Remilitarisierung und für Friedensschluß im Jahre 1951‘ ist dazu bestimmt, unter Verschleierung der verfassungsfeindlichen Ziele die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu untergraben. Die Durchführung der Aktion stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar.

2. Die Vereinigungen, die diese Aktion durchführen, insbesondere die dazu errichteten Ausschüsse sowie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land - und Forstwirtschaft und das Deutsche Arbeiterkomitee richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und sind daher durch Artikel 9 Abs. 2 GG kraft Gesetzes verboten.

3. Die Landesregierungen werden gemäß § 5 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl., S. 682) ersucht, jede Betätigung solcher Vereinigungen für die Volksbefragung zu unterbinden.“

Mit dem Verbot der VVN scheute sich die Regierung Adenauer nicht, die Opfer des Faschismus ein zweites Mal der Verfolgung und Maßregelung auszusetzen, wogegen die juristische Verfolgung und Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht nur verhindert, sondern derart schwerbelastete Personen bewusst und gewollt in hohe und höchste Ämter in Staat, Justiz, Polizei und Militär gehievt wurden. Dem Verbot der Volksbefragung folgte am gleichen Tag das Verbot der FDJ in Nordrhein-Westfalen und am 26. Juni 1951 wurde dann durch Beschluss der Bundesregierung die „FDJ in Westdeutschland“, wie sie in den durchgesehenen Quellen bezeichnet wurde, in der gesamten Bundesrepublik gemäß Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz verboten.

In der Folgezeit ging der Staat mit äußerster Härte gegen alle Bestrebungen vor, Remilitarisierung und Wiederaufrüstung zu verhindern, wobei sowohl vor der rechtswidrigen willkürlichen Auslegung von Gesetzen als auch vor der Anwendung brutalster Polizeigewalt nicht zurückgeschreckt wurde: Am 11. Mai 1952 wurde das Münchener FDJ-Mitglied Philipp Müller bei der Auflösung einer unter dem fadenscheinigen Vorwand, es seien nicht genügend Polizisten zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorhanden, vom nordrhein-westfälischen Innenminister und Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) tags zuvor verbotenen Demonstration gegen die Wiederaufrüstung, der von Pfarrer Herbert Mochalski organisierten „Jugendkarawane gegen Aufrüstung und Generalvertrag“, vor der Gruga-Halle in Essen von einer Kugel tödlich getroffen, als die Polizei auf Befehl des Kommissars Knobloch rücksichtslos in den 30.000 Teilnehmer umfassenden Protestzug schoss. Er war der erste in der Geschichte der BRD, der bei einer Demonstration von der Polizei getötet wurde. Dem Todesschützen wurde wie nicht anders zu erwarten gewesen wohlwollende richterliche Behütung zuteil, ihm wurde eilends bescheinigt, in Notwehr gehandelt zu haben, was fast automatisch den Freispruch nach sich zog. Ja, zur Rechtfertigung dieser Behauptung wurde sogar versucht, die Demonstranten des Schusswaffengebrauchs zu bezichtigen, wofür die Polizei freilich keinerlei Beweise erbringen konnte. Dafür konnten sich die schießwütigen Polizisten allerdings der

persönlichen Rückendeckung und Rechtfertigung durch den Ministerpräsidenten und der Vereitelung der von den KPD-Abgeordneten im Bundes- und im Landtag geforderten Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erfreuen. Die Beisetzung Philipp Müllers, der übrigens seit den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 mit der DDR-Bürgerin Ortrud Müller geb. Voß verheiratet und nach der deshalb erfolgten Stellung eines Übersiedlungsantrages in die DDR fristlos entlassen worden war, gestaltete sich in München zu einem Protestzug von 3.000 Menschen. Der Vorsitzende der - zu diesem Zeitpunkt noch nicht rechtskräftig - verbotenen „FDJ in Westdeutschland“, Josef Angenfort (KPD), wurde 1953 unter vorsätzlicher Missachtung seiner Immunität als Landtags-Abgeordneter wegen „Hochverrats“ angeklagt und über ihn eine fünfjährige Zuchthausstrafe verhängt, ein Urteil, das selbst im Bundestag heftig umstritten war und vom Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Walter Menzel, als Willkür angeprangert wurde: „Vergleicht man dieses Urteil mit den milden Urteilen gegen Kopfjäger aus den hitlerschen KZs, gegen viehische Mörder, die nachträglich noch begnadigt werden, dann ist man empört darüber, dass Menschen vor dem Richterstuhl so behandelt werden. Wir sind in Westdeutschland wieder soweit, dass alle Gegner des Bundeskanzlers als Bolschewisten oder des Hochverrats angeklagt werden.“ Ebenso bezeichnend für das herrschende Demokratie- und Freiheitsverständnis ist die Tatsache, dass die 1957 von Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) ausgesprochene Begnadigung fünf Jahre später durch seinen Nachfolger Heinrich Lübke (CDU) rückgängig gemacht und Jupp Angenfort erneut verhaftet wurde.

Da sich die Regierung Adenauer angesichts der immer noch starken Ablehnung ihrer undemokratischen Politik durch weite Teile der Bevölkerung freilich höchst unsicher war, ob ihr Verbotsbeschluss Bestand haben würde, ließ sie das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 16. Juli 1954 „unanfechtbar“ feststellen, dass die „FDJ in Westdeutschland“ verboten ist. Damit wurde das wegen der „Verfassungswidrigkeit der Zielsetzung“ der „FDJ in Westdeutschland“ unter Berufung auf Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 129a StGB damaliger Fassung ausgesprochene Verbot rechtskräftig. So wird seither die öffentliche Verwendung von Abzeichen der „FDJ in Westdeutschland“ als „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ unter das Verbot des § 86a Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 86 Abs. 1 Nr. 2 StGB eingestuft und kann mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe belegt werden.

Das Verbot besteht auch nach dem Anschluss der DDR weiter, bezieht sich aber nach heutiger Auffassung des Innenministeriums – wie großzügig! - ausschließlich auf die damalige eigenständige Organisation „FDJ in Westdeutschland“, womit freilich die in der BRD gern verbreitete Behauptung, die dortige FDJ sei nichts anderes denn ein „verlängerter Arm“ der FDJ in der DDR gewesen, widerlegt ist. Da die Abzeichen der „FDJ in Westdeutschland“ und der FDJ jedoch, so heißt es jedenfalls, zum Verwechseln ähnlich seien, steht die Verwendung der Abzeichen „unabhängig von der Reichweite des

Das Münchener FDJ-Mitglied Philipp Müller war das erste Todesopfer des brutalen staatlichen Vorgehens gegen die antimilitaristische Bewegung in der BRD.

Verbotes im Einzelnen“ nach § 86a Abs. 2 Satz 2 unter Strafe. Die öffentliche Verwendung des FDJ-Emblems sei deshalb geeignet, den Anfangsverdacht einer Straftat und damit die Verfolgungsberechtigung und die Verfolgungspflicht der Strafverfolgungsbehörden zu begründen, wird zur Rechtfertigung angeführt. Da jedoch den heutigen FDJ-Organisationen schlecht vermittelt werden kann, dass das bereits von der antifaschistischen Exil-FDJ verwendete Zeichen mit der aufgehenden Sonne etwas mit Verfassungsfeindlichkeit zu tun haben soll, heißt es „großzügig“: „Jedoch ist im Fall satirischer oder verfremdender Verwendung (‚Ostalgieparties‘) eine weite Auslegung von [§ 86a] Abs. 3 i. V. m. § 86 Abs. 3 angezeigt; überdies liegt die Annahme eines vorsatzausschließenden Tatbestandsirrtums nahe.“ Letztlich zeigt das skandalöse und undemokratische Verbot der FDJ der BRD genauso Sinn und Zweck sowie die engen Grenzen bürgerlicher Demokratie und der tagtäglich gepriesenen Meinungsfreiheit. Sie wurde ja nicht deshalb verboten, weil sie in der BRD etwa einen Umsturz in Richtung Sozialismus geplant hätte, sondern weil sie sich für Frieden und Ab- statt Aufrüstung einsetzte. Die Aufrechterhaltung dieses Verbots beinhaltet genau wie das vor 55 Jahren, am 17. August 1956, erlassene Verbot der KPD nach wie vor die Gefahr, dass es bei Bedarf auf linke Jugendverbände bzw. Parteien ausgedehnt werden kann, und zwar nicht nur innerhalb des Hoheitsgebietes der BRD vom 2. Oktober 1990. Dazu sind mindestens genauso viele juristische Winkelzüge möglich wie für die Verschleppung und Verhinderung des Verbots der NPD und anderer neonazistischer Parteien.

Am Ende bleibt anzumerken, dass dieses düstere Kapitel bundesdeutscher Geschichte „dank“ einer von CDU/CSU über FDP und SPD bis zu den Grünen reichenden unheiligen antikommunistischen Allianz bis heute nicht aufgearbeitet ist, von Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer gar nicht zu reden. Besonders eifrig betätigen sich dabei auch in der DDR aufgewachsene Politiker, die ab 1990 eilfertig alles unternahmen, um beispielsweise das Andenken an das FDJ-Mitglied Philipp Müller weitgehend auszulöschen. Doch inzwischen stehen die Zeichen der Zeit etwas anders und in München gibt es bereits eine Initiative, eine Straße nach ihm zu benennen. Der am 9. Januar 1924 geborene Jupp Angenfort wartete wie so viele andere Opfer des Kalten Krieges bis zuletzt vergeblich auf die ihm zustehende Rehabilitierung – mit seinem Tod am 13. März 2010 konnte jene unheilige Allianz wiederum und in vollster Zufriedenheit das Eintreten einer „biologischen Lösung“ abhaken. Im übrigen wurden in der BRD auch weitere Organisationen, die für Frieden und Abrüstung, für Völkerverständigung, vor allem die Entwicklung eines normalen und sachlichen Verhältnisses der BRD zur UdSSR sowie gegen die antiquierte konservative Frauenpolitik eintraten, Verboten unterworfen: Nach bereits in einzelnen Bundesländern erlassenen Verfügungen kamen 1955, dem Jahr, in dem Bundeskanzler Adenauer erstmals die UdSSR besuchte (!), die 1950 in Duisburg-Homberg ins Leben gerufene DSF in der gesamten BRD und 1957 der am 8. März 1951 gegründete DFD an die Reihe. Auch hier wartet der Mantel des Schweigens noch darauf, endlich von diesen nicht minder schwarzen Flecken bundesdeutscher Geschichte genommen zu werden.

Quellen: Internet

H.-J. Weise

Termine im Monat August

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

01.08.11	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
18.08.11	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff

Basisorganisationen:

02.08.11	09.30 Uhr	BO-Vorsitzende nördlicher Ilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

25.08.11	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt; Rathaus

Fraktionssitzungen:

08.08.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
22.08.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
23.08.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

DIE LINKE.

Weitere Veranstaltungen:

03.08.11	18.00 Uhr	Mahnwache – Aktion Bürgerinitiative. Stützerbach, Kneippbecken
04.08.11	10.00 Uhr	Info-Stand – Aktion Bürgerinitiative. Gräfinau-Angstedt; Marktplatz
08.08.11	12.00 Uhr	Info-Stand – Aktion Bürgerinitiative. Ilmenau, „Apothekerbrunnen“
09.08.11	10.00 Uhr	Info-Stand – Aktion Bürgerinitiative. Arnstadt; „Hopfenbrunnen“
10.08.11	15.00 Uhr	Mieten- und Rentensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
17.08.11	09.00 Uhr	Info-Stand – Aktionsbündnis Bürgerinitiative. Stadtilm; Marktplatz
17.08.11	14.00 Uhr	Info-Stand – Aktionsbündnis Bürgerinitiative. Ilmenau; „Apothekerbrunnen“
17.08.11	18.00 Uhr	Mahnwache – Aktionsbündnis Bürgerinitiative. Stützerbach; Kneippbad
23.08.11	10.00 Uhr	Info-Stand – Aktionsbündnis Bürgerinitiative. Arnstadt; „Hopfenbrunnen“
23.08.11	15.00 Uhr	Info-Stand – Aktionsbündnis Bürgerinitiative. Ilmenau; „Apothekerbrunnen“
29.08.11	18.00 Uhr	Erweiterte Sitzung der Kreistagsfraktion - Kommunalpolitischer Tag - Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.09. 2011. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

www.die-linke-ilmkreis.de